

Für eine europaweit koordinierte Vermögensabgabe

In der Krise werden die Weichen für die Zukunft Europas neu gestellt. Während die Bundesregierung und große Teile der Sozialdemokratie für eine Vertiefung des bisherigen, neoliberalen Integrationsmodells stehen, gewinnen in ganz Europa Rechtspopulisten in ihrem Kampf für eine Rückabwicklung der Europäischen Integration an Zuspruch. Für Attac ist keiner dieser Wege eine Option. Wir wollen ein geeintes Europa, aber ein anderes. Wir wollen die Weichen in Richtung eines solidarischen, sozialen, demokratischen und ökologischen Europas stellen. Eine Grundvoraussetzung dafür ist ein Abbau der drastischen Ungleichheit in der Gesellschaft. Wir fordern daher viele Maßnahmen der Umverteilung von oben nach unten. In den Mittelpunkt stellen wir die Forderung nach einer einmaligen, europaweit koordinierten Vermögensabgabe. Mit dieser Abgabe ließen sich ein gerechter Weg aus der Krise ebnen und die Umverteilung der letzten Jahre von unten nach oben ein Stück weit zurückdrehen. Für ein solidarisches Europa kann die Abgabe natürlich nur ein Anfang sein. Darüber hinaus braucht es permanent wirkende Umverteilungsmechanismen.

Der Charakter der Krise

Eine immer größer werdende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen ist im Kapitalismus systemisch verankert. Deswegen sind politische Korrekturen hin zu mehr Verteilungsgerechtigkeit eine Notwendigkeit. Im aktuell vorherrschenden finanzmarktgetriebenen Kapitalismus gilt das umso mehr, da hier das Auseinanderdriften der Gesellschaft bei der Verteilung des Wohlstandes besonders dynamisch ist.

Mit der Polarisierung in der Wohlstandsverteilung wächst die Kapitalmasse, die auf der Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten um die Welt zirkuliert. Insbesondere seit den 1970er Jahren wächst diese Masse rasant. Es gelang damals immer weniger, das Kapital profitabel in der produzierenden Wirtschaft zu verwerten. Auf der Suche nach neuen Profitquellen wurden die internationalen Finanzmärkte immer bedeutender. Dieser Übergang war begleitet und begünstigt durch eine immer weitere Deregulierung und Globalisierung der Finanzmärkte und führte zu einer neuen, nie dagewesenen Dynamik in der Polarisierung der Einkommens- und Vermögensverteilung.

Die zunehmende Dominanz der Finanzmärkte hat dazu geführt, dass gigantische Profite – aber auch Verluste – in Sekundenschnelle erzielt werden können. So wird das System immer instabiler. Da die Finanzmarkt-Profite weitreichend losgelöst von tatsächlicher Wertschöpfung erzielt werden, kommt es zur Bildung spekulativer Blasen, die zwangsläufig irgendwann platzen müssen. Dieses Treiben ist verantwortlich für beständig wiederkehrende globale Krisen wie auch die seit 2007 andauernde Dynamik, die mit dem Platzen der Immobilienblase in den

USA begann und von der die europäische "Schuldenkrise" ein Ausdruck ist.

Mittels Institutionen wie Investmentbanken wurden schon in den frühen 2000er Jahren verstärkt hochrisikoreiche Hypotheken, sogenannte Subprimes, vergeben und die Forderungen daraus in neuen Papieren, sogenannten Verbriefungen, gebündelt und an den Märkten weiterverkauft. Eine riesige Immobilienblase entstand. Diese platzte, als die ersten Kreditnehmer ihren Rückzahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen konnten. Die beteiligten Banken mussten Forderungen in Billionenhöhe abschreiben. Eine globale Bankenkrise war die Folge. Da die produzierende Wirtschaft und der Finanzsektor eng miteinander verwoben sind, war die globale Wirtschaftskrise ein logischer nächster Schritt. Die Wirtschaftskrise sowie die gigantischen, spektakulären Bankenrettungsaktionen wiederum haben die öffentlichen und privaten Haushalte derart belastet, dass sie die öffentliche Verschuldung eskalieren ließen. Diese Schuldenkrise dominiert aktuell die Krisendynamik.

Die europäische "Schuldenkrise" ist also im Kern keineswegs die Folge staatlicher Verschwendungssucht, ineffizienter Bürokratie, Korruption oder was sonst alles als Erklärung herangezogen wird. Die Krise ist die Folge einer extremen Ungleichverteilung des existierenden Wohlstands und eines Systems, das diese Ungleichheiten immer weiter verschärft. Hinzu kommt eine weitere Verschärfung des Schuldenproblems durch einen europaweiten „Wettlauf“ um die niedrigsten Steuern einerseits sowie andererseits durch die deutsche Niedriglohnpolitik mit drastischer Senkung der Lohnstückkosten, durch die ein extremer Druck auf die Ökonomien anderer europäischer Länder ausgeübt wird.

Vermögen abschmelzen statt Sozialabbau

Während die öffentliche Verschuldung zunimmt, wachsen die privaten Vermögen sogar im Rahmen der Krise rasant weiter. 2010 betragen sie alleine in Deutschland 10,1 Billionen Euro. Dieses Gesamtvermögen lässt sich kategorisieren einerseits in Geldvermögen auf ca. 4,9 Billionen Euro und andererseits in Sachvermögen (inkl. Immobilien und Gebrauchswerte) in Höhe von ca. 5,2 Billionen Euro. 50 Prozent der Bevölkerung verfügen über lediglich 1,7 Prozent dieses Gesamtvermögens, während das reichste eine Prozent der Gesellschaft je nach Statistik 30 bis 40% besitzt.

Die gigantischen Privatvermögen sind also einerseits zentral ursächlich für die Krise und wachsen andererseits gerade in der Krise noch weiter. Das ist einer der drei wichtigen Gründe, warum die Lasten der Krise durch einen Abbau extrem hoher Vermögen gestemmt werden müssen und nicht durch brutale Kürzungsorgien, wie sie die vorherrschende Krisenpolitik forciert.

Der zweite Grund besteht darin, dass die verordnete Kürzungspolitik alles noch schlimmer macht. Länder wie

Griechenland oder Portugal werden kaputt gespart. Es ist noch nie gelungen, sich aus einer Schuldenkrise heraus zu sparen. Das wird auch diesmal nicht gelingen, da die Kürzungen eine tiefe Rezession verursachen und die Krise verschärfen. Diese Krisenpolitik ist wahnwitzig und perspektivlos.

Drittens ist es vollkommen inakzeptabel, dass die Kosten der Krise vor allem jenen aufgebürdet werden, die nicht zu ihrer Entstehung beigetragen haben. Nachdem die Spekulation mit gigantischen Vermögenswerten die Welt in die Krise gestürzt hat, werden nun in Europa, vor allem in den südeuropäischen Ländern, unter Missachtung demokratischer Rechte die Sozialsysteme zerstört, das öffentliche Eigentum verscherbelt und die Bevölkerungen ausgeblutet. Die Folgen sind Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Armut, Kriminalität, wirtschaftliche Rückentwicklung und sogar Hunger. Während Banken mit Milliardensummen gerettet werden und Vermögen unangetastet bleiben, können sich breite Bevölkerungsschichten die nötigste Gesundheitsversorgung nicht mehr leisten. Kinder werden in Kinderdörfer gebracht, weil die Familien sie nicht mehr ernähren können, die Perspektiven einer ganzen Generation junger SüdeuropäerInnen werden zerstört.

Beispiel Lastenausgleich

Aus diesen Gründen ergibt sich für uns die Forderung nach einer einmaligen Vermögensabgabe. Ziel ist ein deutlicher Beitrag zur Überwindung der Krise und zu einer gerechteren Verteilung der Krisenlasten. Eine solche Abgabe ist gemäß dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Vermögenssteuer von 1995 verfassungskonform, wenn sie mit einer besonderen Situation begründet wird. Diese besondere Situation ist durch die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sowie ihre Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte gegeben. In der deutschen Geschichte gibt es zwei historische Vorbilder:

1. Durch das Reichsnotopfergesetz von 1920 wurde auf alle im Krieg erworbenen Vermögenszuwächse eine progressive Sonderabgabe von 10 bis 100 Prozent erhoben, um die Verschuldung durch den Krieg zu beseitigen.
2. Durch die Währungsreform von 1949 und den Lastenausgleich von 1952 wurden die finanziellen Folgen des zweiten Weltkrieges überwunden und die ungleiche Verteilung der Kriegslasten zumindest teilweise korrigiert (Entschädigung auf der Grundlage von sozialer Gerechtigkeit). Die Abgabenhöhe betrug 50% auf Vermögen (90 % auf Kredit- und Hypothekengewinne durch die Währungsreform) bei einer Laufzeit von 30 Jahren und erbrachte 52,5 Mrd. DM. Das Gesamtaufkommen des Lastenausgleichs einschließlich anderer fiskalischer Maßnahmen betrug bis Ende 1995 ca. 140 Mrd. DM.

Durch die weltweite Krisenentwicklung haben wir auch heute wieder einen historischen Anlass, um eine Sonderabgabe auf Vermögen einzufordern. Auch heute handelt

es sich wieder um Gründe der sozialen Gerechtigkeit, um die horrende Ungleichverteilung der Vermögen als Folge der neoliberalen Globalisierung und der globalen Krise abzuschwächen.

Konzept für eine einmalige Vermögensabgabe

Bei der Erhebung einer Vermögensabgabe wollen wir das gesamte Privatvermögen, also sowohl Geld- als auch Sachvermögen einschließlich des Gebrauchsvermögens als Grundlage heranziehen. Dabei soll das individuell abgabepflichtige Nettovermögen (abzüglich Schuldenbelastungen) aller dem Geltungsbereich zuzuordnenden Personen zur Berechnung kommen.

Abgabe für Millionäre und Milliardäre

Seit der deutschen Einheit hat sich das Privatvermögen in Deutschland mehr als verdoppelt, während die Staatsschulden sich vervierfacht haben. Einhellig konstatieren die Wirtschaftsinstitute eine rasch voranschreitende Vermögenskonzentration mit besonders hohen Zuwachsraten im obersten Segment. Durch die Gleichzeitigkeit der Anhäufung privaten Reichtums in den Händen weniger und den immer größeren Mangel in öffentlichen Einrichtungen bedeutet der Prozess nicht nur eine starke Konzentration von ökonomischer und finanzieller, sondern auch von politischer und kultureller Macht im oberen Segment.

Diese Gruppe der Millionäre und Milliardäre, die in etwa 1 Prozent der Bevölkerung ausmachen, nehmen wir in den Fokus. Sie sind die Gewinner der Umverteilungsmaschinerie der neoliberalen Globalisierung. Wir orientieren uns bei der Vermögensabgabe angesichts dieses Vermögenszugewinns und dieser Vermögenskonzentration auf eine progressiv gestaffelte Abgabe in der durchschnittlichen Gesamthöhe von bis zu 50 Prozent des Nettovermögens der Millionäre und Milliardäre.

Progressive Staffelung

Doch selbst innerhalb dieses Segments ist festzustellen, dass das Vermögen der Superreichen noch dynamischer wächst als das der einfachen Millionäre. Deshalb muss die Vermögensabgabe progressiv gestaffelt erhoben werden. Ohne diese Progression würden bei einem gleichbleibenden Abgabesatz die einfachen Millionäre unverhältnismäßig hoch belastet werden, während die Superreichen nur mit einem für sie relativ geringen Anteil an ihrem Gesamtvermögen belastet würden. Den überschießenden Zuwachsraten in der Vermögenskonzentration nach oben könnte deshalb eine Staffelung beginnend mit 20% Vermögensabgabe bis hin zu 80% für die Superreichen entsprochen werden.

Freibetrag, Laufzeiten, Stichtag und Aufkommen

Damit nur in etwa das reichste eine Prozent der Gesellschaft mit der Abgabe belastet wird und damit kleine und mittlere Betriebe nicht in eine Finanzierungsklemme geraten wird ein Freibetrag von einer Million Euro auf private Vermögen und zwei Millionen Euro auf Betriebsvermögen eingeführt.

Während vorhandenes Geldvermögen am Stichtag abgabepflichtig ist soll für die Abgabe auf die anderen Vermö-

gensarten, insbesondere das Betriebsvermögen, eine Laufzeit von 10 Jahren eingeräumt werden. Auch diese Laufzeitregelung soll insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen entgegenkommen, welche der Abgabeverpflichtung nicht aus ausreichendem liquiden Vermögen nachkommen können.

Der Stichtag der Vermögensabgabe soll auf einen Termin in der Vergangenheit festgesetzt werden. Dadurch werden „Verzerrungen“ durch mögliche Kapitaltransfers, um einer Vermögensberechnung zu entkommen, verhindert.

Bei einer entsprechenden Justierung der Abgabesätze halten wir ein Aufkommen von über einer Billionen Euro für möglich, auch wenn sich das Gesamtvolumen der Abgabe aufgrund der unzureichenden Datenbasis nicht exakt beziffern lässt,

Abgaben für sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft nutzen

Die Einnahmen durch eine Vermögensabgabe sollen nicht einseitig zur Schuldenreduzierung der Staaten verwendet werden. Um die Macht der Finanzmärkte zu reduzieren muss ihnen Kapital entzogen werden. Daher wäre es falsch, die Einnahmen in vollem Umfang an die Gläubiger – Investmentbanken, Fonds etc. – weiterzugeben und so weitere Spekulation zu finanzieren. Vielmehr muss es darum gehen, die Mittel in den öffentlichen Bereich umzulenken, sie also bspw. für Investitionen in Bildung, soziale Sicherungssysteme und Infrastruktur zu verwenden.

Vermögensabgabe europaweit koordinieren

Die Krise ist kein deutsches, sondern ein europäisches Problem. Deshalb kann sie auch nicht mit Konzepten gelöst werden, die sich nur auf Deutschland beziehen. Die Vermögensabgabe soll daher in der hier dargestellten Form in möglichst vielen Ländern Europas koordiniert erhoben werden.

Auch die Ungleichverteilung des Wohlstands ist kein deutsches, sondern ein europäisches Problem. Etwa neun Prozent der EU-Einwohner verfügen über mehr als 60 Prozent des privaten Geldvermögens. Folgt man den Zahlen des World Wealth Report der Investmentbank Merrill Lynch, ergibt sich sogar eine noch stärkere Konzentration. Danach verfügen 2,8 Millionen Europäer – weniger als ein Prozent der EU-Bevölkerung – allein über ein Finanzvermögen von 9,4 Billionen Euro. Ein Großteil dieser privaten Vermögen wurde nie erarbeitet,

sondern von Generation zu Generation weitervererbt und durch akkumuliertes Vermögenseinkommen vermehrt.

Eine europaweite Vermögensabgabe nach dem hier entwickelten Modell könnte ein Aufkommen von mindestens vier Billionen Euro erbringen.

Permanente Umverteilungsmechanismen entwickeln

Wir sind uns bewusst, dass durch eine einmalige Vermögensabgabe nicht die systemischen Probleme des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus gelöst werden. Eine solche Abgabe stellt lediglich eine stückweise Korrektur der galoppierenden ungleichen Vermögensverteilung dar. Dennoch führt sie zu einem Umverteilungseffekt und einem Aufkommen mit dem ein deutlicher Beitrag zu einer gerechteren Lösung der Krise geleistet werden kann.

Dennoch brauchen wir über die einmalige Abgabe hinaus Konzepte der Umverteilung von oben nach unten, die der systemischen Umverteilung von unten nach oben permanent entgegenwirken. Beispiele dafür sind kräftige Erhöhungen des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer, der Körperschafts- und der Erbschaftssteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie eine Erweiterung der Sozialversicherung nach Einkommensarten und einbezogenen Personengruppen im Sinne einer solidarischen Bürgerversicherung. Zudem braucht es ein entschiedenes Vorgehen gegen Steuerflucht und -hinterziehung. All das sollte europaweit koordiniert geschehen, um Steuerdumping zu unterbinden.

Die Forderung nach einer Vermögensabgabe sowie weitere steuerpolitische Ideen sind für uns der Attac-spezifische Beitrag zu einem umfassenden Umverteilungsprozess des gesellschaftlichen Reichtums. Sie ist eine wichtige Voraussetzung für die Beseitigung von Armut und sozialer Ungerechtigkeit, für dringende Innovationen im Gesundheits- und Bildungswesen.

Darüber hinaus gilt es, alle Formen der Umverteilung im Blick zu haben. Dazu gehört eine Änderung der ungleichen Primärverteilung des Einkommens zwischen Kapital und Arbeit, eine Umverteilung im Bereich der Finanzen und Zinsen und eine Änderung der Verteilung zwischen den Staaten, dabei insbesondere gegenüber den Staaten des Südens. Diesen gesamtgesellschaftlichen Umverteilungsprozess „von oben nach unten“ werden wir in einem breiten Bündnis durchzusetzen versuchen.

Wesentliche Quellenangaben:

Valluga-Amadeus Consulting: *D.A.CH Vermögensreport*, 2011
Capgemini/Merrill Lynch: *Global Wealth Report*, 2011
Boston Consulting Group: *BCG-Report*, 2011
Credit Suisse Research Institute: *Global Wealth Report*, 2011
DIW: *A Wealth Tax on the Rich to Bring down Public Debt?*, 2011